



Bausteine für Klimagerechtigkeit

Gerechte Bodenpolitik

Transformativ.

Solidarisch.

Machbar.

Gerechte Bodenpolitik für eine demokratische, vielfältige und zukunftsfähige Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Böden in Deutschland sind sehr ungleich verteilt, außerlandwirtschaftliche Investoren und Großbetriebe nutzen Boden zunehmend als Spekulationsobjekt. Das lässt die Bodenpreise steigen und führt zur Konzentration von viel Fläche in den Händen weniger, profitorientierter Akteure. Gerechte Bodenpolitik hat zum Ziel, den Bodenmarkt zu demokratisieren, Land nach sozialen und ökologischen Konzepten zu vergeben und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen.

Inhalt



Auf einen Blick	1
Landwirtschaft zwischen Klimakrise und Bodenkonzentration	2
Box: Fakten zum Bodenmarkt	3
Gerechte Bodenpolitik als Beitrag zu Klimagerechtigkeit	5
Box: Flächenkonkurrenz und Landnutzungskonflikte	6
Instrumente und Maßnahmen einer gerechten Bodenpolitik	7
Box: Boden vergesellschaften?	13
Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation	14
Box: Koloniale Strukturen und nationalistische Argumentationsmuster	14
Wie kommen wir dahin?	17
Box: Unterschiedliche Agrarstrukturen in West und Ost	19
Zum Weiterlesen	22
Ergänzungen & Verweise	22
Über das Projekt	25
Danksagung & Impressum	25

Auf einen Blick

- Landwirtschaftliche Böden in Deutschland sind sehr ungleich verteilt, außerlandwirtschaftliche Investoren und Großbetriebe nutzen Boden zunehmend als Spekulationsobjekt. Das lässt die Bodenpreise steigen und führt zur Konzentration von viel Fläche in den Händen weniger, profitorientierter Akteure. Kleine Betriebe und Bäuer*innen können sich Agrarflächen kaum noch leisten.
- Für eine klimagerechte, gemeinwohlorientierte und agrarökologische Landwirtschaft muss Boden konsequent nach ökologischen Kriterien sowie kleinteiliger, schonender und vielfältiger bewirtschaftet werden.
- Gerechte Bodenpolitik hat zum Ziel, den Bodenmarkt zu demokratisieren, die Bodenvergabe nach sozialen und ökologischen Konzepten zu fördern und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen.
- Gerechte Bodenpolitik setzt die volle Transparenz über Bodeneigentum in Deutschland voraus. Hierfür müssen die Informationen über Eigentumskonzentration flächendeckend erfasst und der Öffentlichkeit über Datenbanken zugänglich gemacht werden.
- Die Rechte kapitalstarker Akteure auf dem Bodenmarkt müssen begrenzt werden – durch ambitionierte Agrarstrukturgesetze der Bundesländer, die die sogenannten SHARE DEALS verhindern, sowie eine progressiv ausgestaltete Grunderwerbssteuer und eine Anpassung des Erbrechts.
- Die Nutzungsrechte von Bäuer*innen, Junglandwirt*innen und gemeinwohlorientierten Betrieben müssen gestärkt werden – durch eine konsequente Umsetzung des Vorkaufsrechts für Landwirt*innen, staatliche Förderungen beim Zugang zu Land und verbesserte Förderstrukturen für Betriebsgründungen.
- Die Gemeinwohlverpachtung muss sowohl für öffentliche als auch private Flächen durchgesetzt werden, damit Boden nach sozialen und ökologischen Kriterien bewirtschaftet wird.

Landwirtschaft zwischen Klimakrise & Bodenkonzentration

Boden ist wie auch Wasser und Saatgut die Grundlage unserer Ernährungssicherheit. Durch die Folgen der Klimakrise wie Dürreperioden, Überschwemmungen und Bodenerosion geht weltweit immer mehr gesunder, landwirtschaftlich nutzbarer Boden verloren. Die industrielle Landwirtschaft, bei der große Flächen mit Monokulturen bestellt werden und schwere Maschinen die Böden verdichten, bedroht Artenvielfalt, Böden und lebendige Landschaften. Wirtschaften wir weiter wie bisher, sind die fruchtbaren Böden in wenigen Jahrzehnten aufgebraucht.¹

Hinzu kommt, dass Land für Landwirt*innen, die anders wirtschaften wollen, immer schwerer zugänglich ist, da sich der landwirtschaftliche Bodenmarkt in den letzten Jahrzehnten gravierend verändert hat: Neben Flächenverlusten aufgrund von Siedlungs- und Verkehrsausbau nimmt die Bodenkonzentration durch den Erwerb von Agrarflächen durch Großbetriebe und außerlandwirtschaftliche Investoren (z.B. RWE oder die Münchner Rückversicherung) weiter zu. In Deutschland bekommt heute Zugriff auf Land, wer Geld mitbringt. Viele dieser Landkäufe bleiben für die Öffentlichkeit verborgen, denn bis heute gibt es in Deutschland keine amtlichen Register über Eigentumsverhältnisse auf dem Bodenmarkt.

Durch die steigenden Pacht- und Bodenpreise² (siehe Box „Fakten zum Bodenmarkt“) wird die Finanzierung von Boden für Landwirt*innen zunehmend schwieriger. Große Betriebe und Investoren haben mehr Kapital bzw. können einfacher Kredite aufnehmen, um weiter Land zu kaufen. Weil außerlandwirtschaftliche Investoren den Boden zudem als Kapitalanlage nutzen, werden die Preise entkoppelt von dem, was sich auf der Fläche innerhalb einer Generation mit Sorgfalt für Mensch und Natur erwirtschaften lässt. Bäuer*innen leben und wirtschaften dadurch in extremen Abhängigkeitsverhältnissen. Sie sind praktisch gezwungen, immer mehr Flächen zu beanspruchen – und sich hierfür Investor*innen zu suchen, um

dem innerlandwirtschaftlichen Konkurrenzdruck standzuhalten und wirtschaftlich zu überleben. Beim Landkauf müssen sie sich hoch verschulden oder bei der Pachtung von Land viel Zeit für die Beziehungsarbeit mit den Verpächter*innen aufbringen, um ihre Flächen zu sichern.

Die aktuelle Situation bevorzugt große landwirtschaftliche Betriebe und kapitalstarke Investoren, verdrängt kleine Betriebe und hat über einen langen Zeitraum über das Entstehen immer größerer und rationalisierter landwirtschaftlicher Betriebe zum Verlust von Arbeitsplätzen geführt. Kleinere Betriebe und Junglandwirt*innen bemühen sich oftmals jahrelang und nicht selten am Ende vergeblich darum, geeignete Flächen zu kaufen oder zu pachten. Oft ist der Akt einer Betriebsgründung und der Suche nach Ort und Hofstelle so zermürend, dass viele gesellschaftliche Potentiale – insbesondere für den ländlichen Raum – ungenutzt bleiben. Nicht nur in den Städten, auch in den Dörfern haben die meisten Menschen kaum noch Bezug zur Landwirtschaft, denn in Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei sind in Deutschland nur noch 1,2% der arbeitenden Menschen tätig. Zur Erntesaison reisen migrantische Saisonarbeitskräfte an und wohnen und arbeiten meist in prekären Verhältnissen, während ihre Arbeitskraft im Herkunftsland fehlt.

Diese Trends in der Landwirtschaft sind die Folgen eines Ernährungssystems, das auf globalen Wettbewerb und Konkurrenz ausgelegt ist. Technologisierung, Rationalisierung und Betriebserweiterung sind die Kerndynamiken dieses Systems. Die Konzentration landwirtschaftlicher Betriebe, das Höfesterben der kleinen und mittleren Betriebe (siehe Box „Fakten zum Bodenmarkt“) und die damit verbundene Schwierigkeit, lokale Strukturen zur Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte aufzubauen, blockieren die Transformation des Ernährungssystems und den Wiederaufbau einer regionalen Versorgungswirtschaft.

Um eine sozial-ökologische Transformation in Landwirtschaft und Ernährungssystem voranzutreiben, benötigen wir eine gerechte Bodenpolitik. Durch diese kann der Zugang zu Land für all jene Bäuer*innen und Betriebe gesichert werden, die sich für eine ökologische und sozialverträgliche Nutzung des Bodens einsetzen. Damit ermöglicht eine gerechte Bodenpolitik langfristig den Aufbau einer vielfältigen, kleinteiligen und agrarökologisch ausgerichteten Agrarstruktur (Mehr dazu in unserer Publikation [→ Zukunft für alle](#)).

Bodenpolitik ist aber nur *eine* der Voraussetzungen für die sozial-ökologische Transformation von Landwirtschaft und Ernährungssystem. Ebenso zentral sind die konsequente Ökologi-

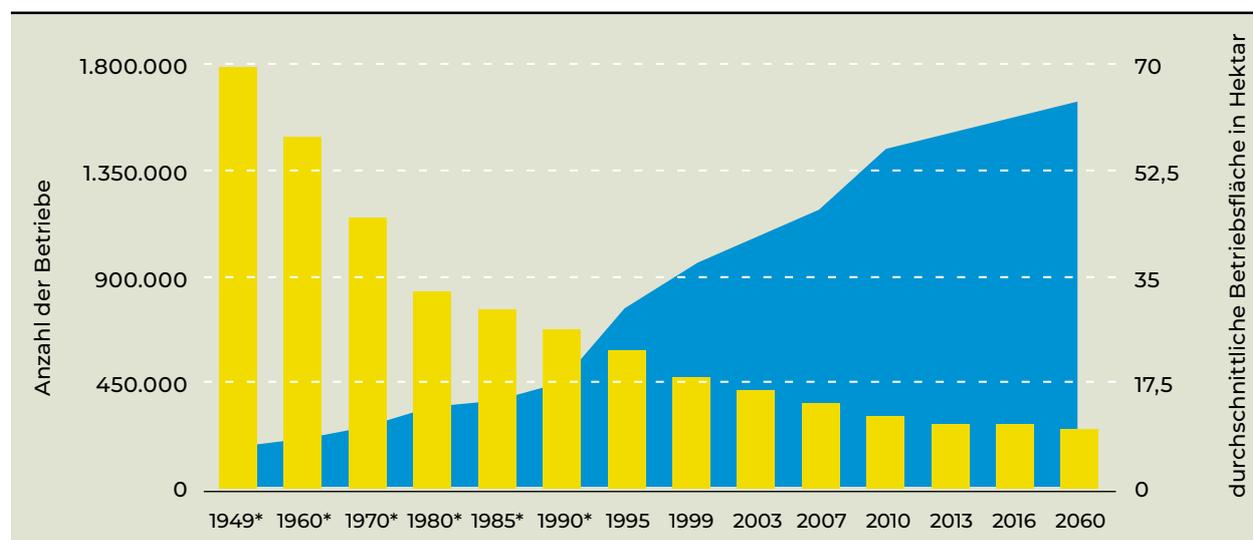
sierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, die Beschränkung von Düngemittel- und Pesticideinsatz in der Landwirtschaft, die Stärkung des Ökolandbaus, konsequente Maßnahmen für den Schutz der Biodiversität in der Agrarlandschaft, die Stärkung der Regionalvermarktung, ein Rück- und Umbau der Tierindustrie einschließlich einer Reduzierung des Konsums tierischer Produkte, die Wiedervernässung von Mooren, der Schutz des Saatguts als Gemeingut, der Wandel des Ernährungs- und Konsumverhaltens, sowie sozialpolitische Maßnahmen, durch die Lebensmittelpreise für alle erschwinglich sind, und die Einkommens- und Arbeitssituation von Bäuer*innen und landwirtschaftlichen Arbeiter*innen deutlich verbessert wird.

Fakten zum Bodenmarkt

Die mittleren bis kleinen Höfe sterben, die großen Betriebe wachsen immer weiter. Allein in den letzten 10 Jahren ist die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland um 12% gesunken, in den letzten 25 Jahren hat sich ihre Gesamtanzahl sogar halbiert. Vom Höfesterben betroffen sind vor allem die für eine klimaangepasste,

regionalisierte Landwirtschaft wichtigen kleinen Höfe. Die Anzahl der Betriebe mit mehr als 100 ha stieg im gleichen Zeitraum weiter an. Gerade einmal 14% der größten Betriebe in Deutschland bewirtschaften knapp zwei Drittel der Landwirtschaftsfläche.³

Abbildung 1: Größenstrukturen der deutschen Landwirtschaft 1949-2019



BMEL 2019: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Statistisches Bundesamt 2019: Betriebsgrößenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe nach Bundesländern. Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de. → [Bundeszentrale für politische Bildung](#), 2020

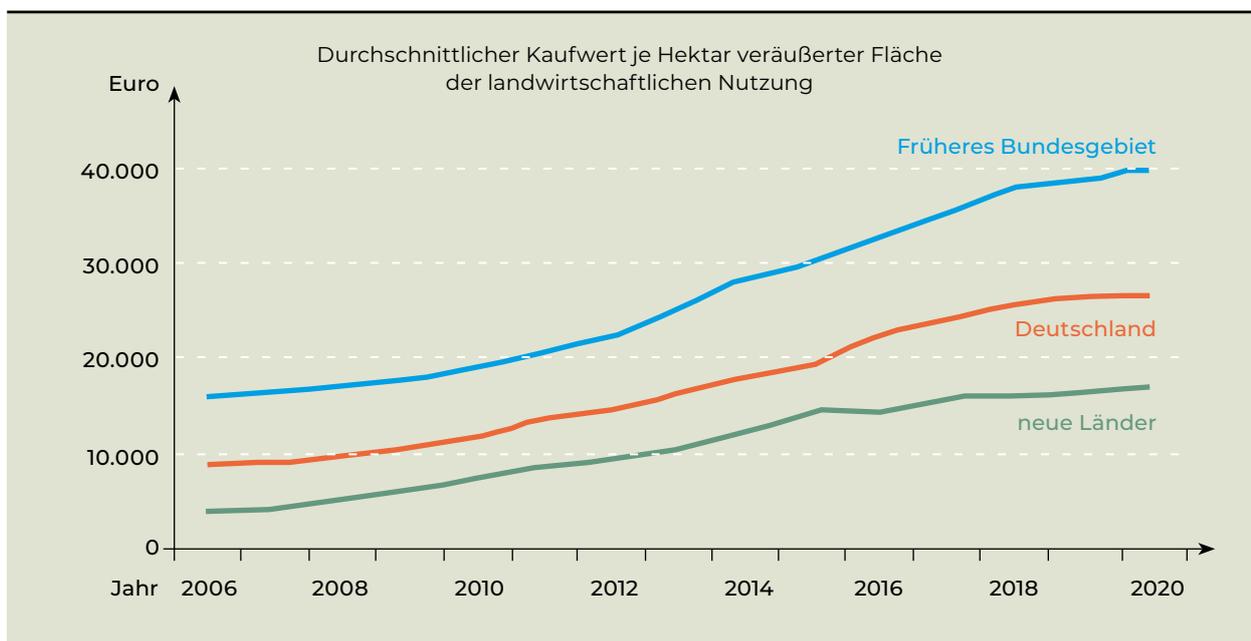
Der Bodenverkauf über SHARE DEALS nimmt zu und außerlandwirtschaftliche, überregional aktive Investoren nehmen zunehmend Einfluss auf den Bodenmarkt, insbesondere im Osten. Juristische Personen oder Personenhandelsgesellschaften, die Teil einer Unternehmensgruppe sind, bewirtschaften gut 11% der gesamtdeutschen landwirtschaftlich genutzten Flächen. Rund 94% dieser Flächen liegen in den ostdeutschen Ländern. Der Anteil der durch SHARE DEALS übernommenen Eigentumsflächen in Ostdeutschland machte im Zeitraum vom 2007 bis 2016 knapp durchschnittlich ein Fünftel, in manchen Jahren gar die Hälfte der gehandelten Landwirtschaftsfläche aus.⁴ Zwischen West- und Ostdeutschland zeigen sich enorme Unterschiede: Im Westen gehören knapp 26% der juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften einer Unternehmensgruppe an, im Osten ist es fast die Hälfte.⁵

Die Preise für Agrarflächen steigen immer weiter an. In den letzten 15 Jahren haben sich die Kaufpreise in den westdeutschen Bundesländern verdoppelt, in Ostdeutschland teils mehr als vervierfacht. Die Pachtpreise sind von 2010 bis 2020 durchschnittlich um 62%, bei Neupachtungen sogar um 79% gestiegen. Kleinbetriebe zahlen den höchsten Pachtpreis je Hektar.⁶ Für kleine Betriebe und Nachwuchslandwirt*innen wird es immer schwieriger, an bezahlbares Land zu kommen. Hinzu kommt, dass Kauf- und Pachtpreise mittlerweile entkoppelt sind von dem, was auf der Fläche erwirtschaftet werden kann.

Was sind SHARE DEALS?

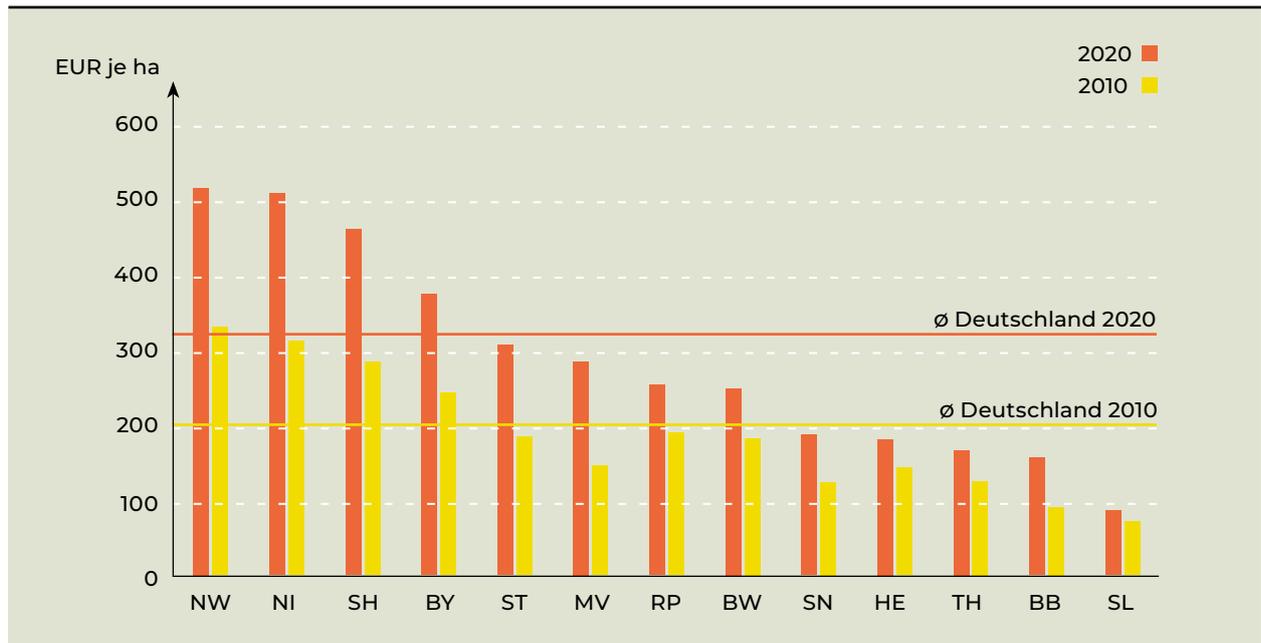
SHARE DEALS oder auch Anteilskäufe bezeichnen den Erwerb von Anteilen an einem Betrieb, mit dem auch die Kontrolle über den Betrieb einhergeht. Gekauft werden also Geschäftsanteile, keine einzelnen Flächen oder Tiere. In Deutschland sichert das Grundstücksverkehrsgesetz Landwirt*innen eigentlich das Vorkaufsrecht auf landwirtschaftliche Flächen zu, d.h. Nicht-Landwirt*innen dürfen das Land nur kaufen, sofern es keine interessierten Landwirt*innen gibt. Das Grundstücksverkehrsgesetz reguliert jedoch nur *Direktkäufe* von Land, nicht aber den Erwerb von Betrieben *inklusive ihrer Agrarflächen* über SHARE DEALS. Außerlandwirtschaftliche Investoren können über Anteilskäufe so das Vorkaufsrecht von Landwirt*innen umgehen. Wenn sie zudem weniger als 90% der Betriebsanteile kaufen, vermeiden sie sogar noch die bei Landkäufen sonst anfallende Grunderwerbssteuer.

Abbildung 2: Anstieg der Bodenpreise für landwirtschaftliche Flächen



Originalgrafik: → Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Abbildung 3: Anstieg der Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen (ohne Stadtstaaten)



Originalgrafik: → Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2020

Lediglich 11% der Betriebe in Deutschland werden von Frauen geleitet, bei Hofnachfolgen liegt der Frauenanteil gerade mal bei 18%. Damit steht Deutschland europaweit ganz hinten. Dazu kommen unsichere soziale Absicherung, überholte geschlechtsspezifische Rollenbilder, der *Gender Pay Gap*, ebenso wie ein erschwerter Zugang zu Land und Kapital, die junge Landwirtinnen strukturell benachteiligen.⁷

Gerechte Bodenpolitik als Beitrag zu Klimagerechtigkeit

Die profitorientierte, industrielle Landwirtschaft trägt maßgeblich zur Klimakrise bei und ist zugleich enorm von dieser betroffen: Weltweit war der Agrar- und Ernährungssektor 2015 für über ein Drittel der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.⁸ In Deutschland macht die Landwirtschaft 61,1 Mio. t THG-Emissionen aus – was etwa 8% der Gesamtemissionen des Jahres entspricht (Stand 2021).⁹ Gleichzeitig ist die Landwirtschaft mit den fortschreitenden Folgen der Klimakrise konfrontiert – Extremwetterereignisse, Dürren und Überschwemmungen führen zu Ernteausfällen und setzen Landwirt*innen und Böden unter Druck. Dazu kommt, dass sich der Zustand landwirtschaftlicher Böden durch Verdichtung, Überdüngung, Versalzung, Pestizide,

die Bodenorganismen schädigen und das Grundwasser belasten, und fehlende Fruchtfolgen weiter verschlechtern. Der zunehmende Verlust von fruchtbarem Boden verschärft diese Problemlage weiter: In Deutschland werden täglich 54 Hektar für den Ausbau von Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewidmet (siehe → **Autofreie Städte** und → **Gerechte Wohnraumverteilung**) – das entspricht der Größe eines durchschnittlichen Agrarbetriebs.¹⁰ Hinzu kommt der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen, die für Kompensationsmaßnahmen (z.B. Naturschutzmaßnahmen zum Ausgleich von Versiegelungen an anderer Stelle) in Anspruch genommen werden – diese liegen bei 72ha/Tag. Insgesamt gehen so täglich etwa 126 Hektar Fläche für die Landwirtschaft verloren.¹¹

In der Landwirtschaft besteht großer Handlungsdruck. Die Emissionen müssen drastisch reduziert und der Sektor an die Folgen der Klimakrise angepasst werden. Neben Maßnahmen wie dem Rückbau der Tierindustrie, der Wiedervernäsung von Moorböden und der Transformation des Ernährungs- und Konsumverhaltens, muss dafür der Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung der Böden stärker in den Blick genommen werden.¹² Denn gesunde Böden bilden die Grundlage allen Lebens an Land: Sie ermöglichen Ernährungssicherheit, halten Wasser- und Nährstoffkreisläufe aufrecht und tragen als wichtigste terrestrische Kohlenstoffspeicher zur Klimaregulation bei.¹³ Fruchtbare, humusreiche Böden sind zentral für Klimaschutz und Ernährungssicherheit und nur durch eine dauerhaft nachhaltige Bewirtschaftung zu erhalten.¹⁴

Doch diese ist erst möglich, wenn Ackerland anders verteilt ist: Agrarkonzerne und Investoren, die oft rein profitorientiert wirtschaften und Land als Spekulationsobjekt nutzen, werden meist weniger für Klima- und Biodiversitätsschutz tun, denn beides ist mit erhöhten Kosten verbunden und mindert die Rendite. Dem gegenüber ermöglicht eine gerechtere Bodenpolitik Bäuer*innen mit sozialen und ökologischen Konzepten und wenig Kapital langfristigen, gesicherten Zugang zu Land und kann damit dazu beitragen, dass gesunde Böden auch für kommende Generationen erhalten bleiben. Sie ist Wegweiser einer sozial- und klimagerechten (Land)Wirtschaft. Weitere wichtige Argumente für eine gerechte Bodenpolitik stellen wir auf Seite 14 vor.

Flächenkonkurrenz und Landnutzungskonflikte

Die für Menschen nutzbaren Flächen sind endlich und werden weniger z.B. durch Bodendegradierung, Verwüstung, Erosion oder Meeresspiegelanstieg. Energie- und Lebensmittelproduktion, Rohstoffabbau, Naturschutz oder Infrastrukturprojekte – alles drängt auf die verbleibende Fläche. Sie ist Schauplatz mannigfaltiger Konflikte. Oft werden Landnutzungskonflikte und letztlich auch gesellschaftliche Verteilungsfragen auf Kosten von Agrarflächen und landwirtschaftlicher Nutzung ausgehandelt, wie z.B. bei Industrie- und Baugebieten oder land- und forstwirtschaftlicher Nutzung. Täglich werden in Deutschland mindestens 27 ha versiegelt.¹⁵ Aber auch innerlandwirtschaftlich gibt es Landnutzungskonflikte, z.B. zwi-

schen Nahrungsmittelproduktion (für Tier oder Mensch) und Energieproduktion (Agrosprit, Windkraft, Biogas, (Agri)Photovoltaik). Was fehlt, sind klarere Regelungen für wissensbasierte und demokratisch getroffene Entscheidungen über Flächen auf der Grundlage von sozialen und ökologischen Werten und nicht orientiert an Profit. Um die Flächeninanspruchnahme zu verringern, braucht es eine bessere Kombination von verschiedenen Nutzungen auf der Fläche (z.B. Agroforste, die Bäume und landwirtschaftliche Kulturen kombinieren). Acker, Grünland und Wald müssen stärker gegen Versiegelung und Industrieinteressen geschützt werden.

Instrumente & Maßnahmen einer gerechten Bodenpolitik

Lebensmittelproduktion ist auf Boden, Wasser und Saatgut angewiesen. Sie alle sind existenziell für die Ernährung der Menschen und bedürfen als Gemeingüter deshalb eines besonders hohen Schutzes. In der UN-Deklaration über die Rechte von Kleinbäuer*innen von 2018 wird das Recht auf Land und selbstbestimmte Lebensmittelproduktion anerkannt. Das folgende Kapitel stellt wichtige Instrumente und Maßnahmen für eine Demokratisierung und stärkere Gemeinwohlorien-

terierung der Bodennutzung und -verteilung vor. Für eine gerechte Bodenpolitik müssen diese Bestandteile einer sukzessiven Bodenmarktreform sein, die sowohl Verteilungsungerechtigkeiten als auch dem schädlichen Umgang mit Boden entgegentritt. Für eine gerechte Bodenpolitik im Rahmen einer sozial-ökologischen Wirtschaft muss Boden wieder als Gemeingut und nicht als Quelle von Profit und Vermögensbildung behandelt werden.

Volle Transparenz über Bodeneigentum

Bisher gibt es in Deutschland keine amtlichen Statistiken, aus denen die Verteilung und Konzentration des Eigentums landwirtschaftlicher Flächen klar hervorgeht.¹⁶ So wird aktuell z.B. nicht erfasst, welche Gesamtflächen sich außerlandwirtschaftliche Investoren durch SHARE DEALS sichern. Ohne Anzeigepflicht von indirekten Landverkäufen aber können Landwirt*innen ihr eigentlich im Grundstücksverkehrsgesetz verankertes Vorkaufsrecht für Land nicht ausüben. Auch eine Preiskontrolle bei Pachtpreisen ist aktuell schwierig. Zwar müssen laut Landpachtgesetz neue Pachtverträge und -preise angezeigt werden; die gesetzlichen Vorgaben aber werden nur ungenügend durchgesetzt und kontrolliert. Nur wenn Zahlen und Daten zu Bodeneigentum und -besitz vorliegen, kann ein demokratischer Aushandlungsprozess über Vermögen an Land, über Kauf- und Pachtpreise und gefährliche Konzentrationsprozesse überhaupt stattfinden.

Deshalb sind neue Datenbanken zur Eigentumskonzentration notwendig: Wem gehört wie viel Land – lokal vor Ort, in der Region, bundesweit? Wo liegt öffentlicher Landbesitz an Agrar- und Forstflächen? Dies muss auch alle Daten über den Verkauf und – ganz wichtig – auch die Vererbung von Land einschließen. Zusätzlich zur Erfassung der einzelnen Betriebe und der Flurstücke sollten auch das Gesamtvermögen an Flächen von natürlichen und juristischen Personen, d.h. insbesondere auch Unternehmensverflechtungen, transparent gemacht werden. Nur so lassen sich perspektivisch wirksame Obergrenzen für den Besitz von Boden einführen und durchsetzen. Auch die größten Subventionsempfänger der EU-Agrarmittel ließen sich auf diese Weise leichter sichtbar machen, denn ein Großteil dieser Gelder wird aktuell flächenbezogen ausgeschüttet. Um die Treiber der Konzentrationsprozesse auf dem Bodenmarkt zu verstehen, sollten zudem auch Eigentumstypen und deren Historie erfasst werden. Damit schnell die nötige Transparenz geschaffen werden kann muss diskutiert und untersucht werden, wie diese Datenbanken praktikabel umgesetzt, welche vorhandenen Strukturen hierfür genutzt werden und welche Akteure für die Datenerfassung zuständig sein sollen. Um strukturelle Wissensasymmetrien abzubauen, muss der Zugang zu diesen neuen Datenbanken für alle möglich und kostenlos sein.

Zugriff kapitalstarker Akteure auf den Bodenmarkt einschränken

Um Bodenkonzentration zu verhindern, müssen die flächenmäßigen Betriebsgrößen und die damit verbundenen Akteursstrukturen reguliert werden. Dabei geht es um Struktur- und Machtfragen: Wem soll das Land gehören? (Eigentumsfragen) Wer darf sich künftig Land sichern, wer aber auch nicht? (Steuerung des Bodenmarktes) Wer soll sich Kauf und Pacht von Land leisten können? (Preisgestaltung) Dabei gilt: Eine Demokratisierung und Ökologisierung des Bodenmarktes kann nur stattfinden, wenn die bisherigen Einflussfaktoren auf den Bodenmarkt – Kauf, Pacht, Erbe – neu geordnet werden. Um die Konzentration von und die Spekulation mit Boden zu verhindern, müssen verschiedene gesetzliche Hebel geschärft bzw. ausgebaut werden. Dies kann – wie das Beispiel der schottischen Landreform¹⁷ zeigt – im Rahmen einer umfassenden Bodenreform geschehen.



Agrarstrukturgesetze voranbringen

Schon 2015 hat sich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ darauf verständigt, den Anstieg der Bodenpreise zu stoppen, das Eigentum an Boden breiter zu streuen und Ackerland vorrangig an Bäuer*innen zu vergeben.¹⁸ Umgesetzt werden soll dies über die neuen Agrarstrukturgesetze. Allerdings setzen die Länder diese unterschiedlich ambitioniert um. Baden-Württemberg hat bereits seit 2009 ein Agrarstrukturgesetz (mit dem Ziel, z.B. Schweizer*innen vom Bodenmarkt auszuschließen, welche in Baden-Württemberg ihr Geld in Landkäufen anlegten). In Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Niedersachsen sind die Gesetze in Arbeit, teils regulieren sie auch die SHARE DEALS. Andere Bundesländer sind noch untätig geblieben. Viele Ziele, die die Bund-Länder-Arbeitsgruppe formuliert hatte, wurden allerdings bis heute nicht erreicht. Weiterhin erwerben hauptsächlich außerlandwirtschaftliche Investoren und große agrarindustrielle Betriebe über SHARE DEALS Flächen. Um wirklich wirksam zu sein, müssen die Agrarstrukturgesetze aller Bundesländer den folgenden Anforderungen genügen:

Regulierung von SHARE DEALS

Die Agrarstrukturgesetze der Länder müssen SHARE DEALS verhindern und außerlandwirtschaftliche Personen und Investoren komplett vom Bodenmarkt ausschließen.

Einführung von Kappungsgrenzen für das Eigentum an Boden

Wie viel Land eine Person, ein Unternehmen oder eine Unternehmensgruppe besitzen darf, muss begrenzt werden. Nur so lässt sich eine breite Streuung der Agrarflächen gewährleisten. Polen und Litauen haben bereits solche – von der EU genehmigten – Kappungsgrenzen von 300 ha bzw. 500 ha je Landwirtschaftsbetrieb. Damit diese Grenzen nicht unterlaufen werden, müssen die Gesetze auch Unternehmensverflechtungen berücksichtigen, also juristisch definieren, was „Großgrundeigentümer“ und „Firmengeflechte“ sind.

Pachtpreisbremse

Die Pachtpreisbremse ist das Pendant zur Mietpreisbremse. Die Agrarstrukturgesetze müssen regeln, dass Neupachtverträge den ortsüblichen Durchschnittspreis nur wenig (z.B. um 10%) überschreiten dürfen. Die Pachtpreise würden dadurch deutlich langsamer steigen und so die außer- und innerlandwirtschaftliche Konkurrenz eindämmen helfen. Voraussetzung hierfür ist die konsequente Umsetzung des auf Bundesebene verankerten Landpachtgesetzes von 1986, das die Anzeigepflicht von Pachtverträgen vorschreibt.

→ Progressive Grunderwerbssteuer

Um Steuerlasten im Zusammenhang mit dem Erwerb von Land gerechter zu verteilen und diese für kleine Betriebe zu mindern, schlägt die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) eine progressive Grunderwerbssteuer vor. Diese sieht vor, dass Betriebe und Personen, die wenig Land besitzen, beim Kauf von Land bis zu einer bestimmten – noch festzulegenden – Höchstgrenze komplett von der Grunderwerbssteuer befreit werden (Freibetrag). Darüber hinaus schlägt die AbL einen progressiven Anstieg der Grunderwerbssteuer vor, d.h. wer bereits viel Land besitzt, soll höhere Grunderwerbssteuern zahlen, wer sehr viel Land besitzt, noch mehr.

Einen Vorschlag für die konkrete Ausgestaltung lässt die AbL aktuell im Rahmen einer Studie modellieren. Im Zusammenhang mit der Grunderwerbssteuer muss zudem sichergestellt werden, dass Landwirt*innen bei der Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts nicht länger doppelt Grunderwerbssteuer zahlen müssen.¹⁹ Die doppelte Last macht den Kauf von Land oft erst recht unfinanzierbar und hebt damit das Vorkaufsrecht aus.²⁰ Freibeträge und steigender Steuersatz sollten als Mechanismen nicht nur für die Grunderwerbssteuer, sondern auch für die Grundsteuer landwirtschaftlicher Flächen erarbeitet werden.

→ Definition „Aktive*r Landwirt*in“ in der nationalen Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik

Ein Großteil der Fördergelder der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) fließt aktuell großen bis sehr großen Agrarkonzernen und außerlandwirtschaftlichen Investoren zu, welche einen Teil dieser Agrarkonzerne besitzen. Die AbL schlägt deshalb vor, Großkonzerne wie Südzucker, RWE oder die Münchner Rückversicherung, die maßgeblich von den GAP-Mitteln profitieren²¹, zukünftig komplett von den Subventionen auszuschließen. Möglich wäre dies durch die Aufnahme einer Definition für „aktive Landwirt*innen“ in der deutschen Strategie zur Ausgestaltung der Förderung der

EU-Agrarsubventionen. Die AbL schlägt die Einführung einer Kappungsgrenze vor: Als „aktive*r Landwirt*in“ würde demnach nur dasjenige Unternehmen gelten, das mehr als 5% seines Umsatzes über landwirtschaftliche Produktion macht.²² Nur diese Landwirt*innen würden die EU-Agrarsubventionen erhalten. Landwirtschaftliche Betriebe würden auf diese Weise für außerlandwirtschaftliche Investoren weitaus unattraktiver, weil weniger profitabel. Hier hat das aktuell grün geführte Bundeslandwirtschaftsministerium einen entscheidenden politischen Gestaltungsspielraum.

→ Instrument Erbrecht

In der öffentlichen Debatte erscheint es bisweilen so, als sei der Aufkauf von Agrarflächen durch außerlandwirtschaftliche Investoren das größte Problem auf dem Bodenmarkt. Tatsächlich aber gehen der Landwirtschaft Flächen, d.h. Flächen in der Hand von aktiven Landwirt*innen, in vielen Regionen vor allem durch die Vererbung an Nachkommen ohne einen landwirtschaftlichen Beruf verloren. Die Erb*innen nutzen das Land nicht selbst für eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung. Weil der Weiterverkauf an Höchstbietende für Erb*innen attraktiv ist, leistet dies dem Verkauf und der Spekulation mit diesem Land Vorschub. Hierfür ist im Bund eine Anpassung des Erbrechts notwendig, indem z.B. im Erbfall ein Teil des Landes vergemeinschaftet wird: Wenn die jährlichen

Pachteinnahmen aus diesem Land höher sind als ein halbes durchschnittliches Bruttojahreseinkommen in Deutschland, fällt der Teil des Landes, der Mehreinnahmen über diese Grenze hinaus einbringt, an die Landgesellschaften der Bundesländer, wird also vergemeinschaftet.²³ Diese sollten das Land dann an Landwirt*innen mit wenig Land verpachten. Sofern die Erben selbst Landwirtschaft betreiben, behalten sie das Land. So wäre eine sukzessive Rückverteilung der über Erbe entstehenden Bodenakkumulation im Sinne einer breiten Streuung des Landes möglich. Ähnlich geschieht dies bereits in Dänemark.²⁴ (Mehr zu einem sozial und ökologisch gerechten Steuerrecht siehe Dossier → [Sozial-ökologische Steuerpolitik](#))

Nutzungsrechte bäuerlicher Akteur*innen stärken

Ergänzend zur Begrenzung des Einflusses großer Agrarkonzerne und außerlandwirtschaftlicher Investoren und der Eigentumskonzentration von Land müssen die Nutzungsrechte der bäuerlichen und gemeinwohlorientierten Betriebe gestärkt werden.

→ Vorkaufsrecht von Landwirt*innen konsequent durchsetzen

Im Grundstücksverkehrsgesetz ist die Privilegierung von Landwirt*innen beim Landkauf festgeschrieben, d.h. Privatpersonen dürfen Agrarland nur kaufen, wenn kein*e Landwirt*in das Land erwerben will. Das Problem ist: Das Vorkaufsrecht wird von den Verwaltungen nicht immer konsequent und praktikabel umgesetzt. In Thüringen etwa werden Ausschreibungen für Land oftmals nur für zwei Wochen und auf unübersichtlichen Plattformen veröffentlicht. Es ist für Bäuer*innen schwierig bis unmöglich, innerhalb so kurzer Zeit die Finanzierung für oft überbeuerte Landkäufe

auf die Beine zu stellen, weil sie im Gegensatz zu großen Konzernen und außerlandwirtschaftlichen Investoren nicht selbst über das nötige Kapital verfügen, sondern dieses erst über Bankenkredite organisieren müssen. Die Folge: Landverkäufe von Landwirt*innen an andere Landwirt*innen werden massiv erschwert oder gar unmöglich gemacht. Das Land fällt dann oft an Nicht-Landwirt*innen. Abhilfe könnten z.B. übersichtliche Flächenplattformen bieten, die die Landwirt*innen automatisch über Angebote von Land informieren und Fristen von mindestens 2 Monaten vorsehen.

→ Privilegierter Zugang zu Land und Ausbau von Förderungen

Um bestehende Höfe zu erhalten und Neugründungen zu ermöglichen, müssen kleine Betriebe und insbesondere auch Junglandwirt*innen zum einen per Gesetz, zum anderen per staatlicher Förderung beim Zugang zu Land privilegiert werden. Denn Neugründer*innen müssen sehr große Risiken eingehen, wenn sie meist mit nichts als einem zeitlich begrenzten Pachtvertrag, immenser Selbstausschöpfung und hohen persönlichen Kosten langfristig einen Betrieb aufbauen.²⁵ Bei Pachtverträgen lässt sich dies über gemeinwohlorientierte Vergabeverfahren regeln (vgl. Seite 11). Daneben braucht es eine bessere Förderstruktur für Betriebsgründungen in der Landwirtschaft. Denn mit einem durchschnittlichen Kapitaleinsatz von rund 692.000 € je Arbeitskraft gehört diese zu den kapitalintensivsten Branchen überhaupt. Ein*e Existenzgründer*in in der Landwirtschaft braucht aktuell rund 150.000 € Eigenkapital alleine für die Schaffung des eigenen Arbeitsplatzes. Sachsen-Anhalt und Sachsen sind mit der Ein-

führung einer Niederlassungsprämie von 70.000 € vorangegangen, Thüringen und Brandenburg gehen gerade in die Umsetzung und weitere Bundesländer machen sich auf den Weg. Die Niederlassungsprämie ist eine Einkommensunterstützung und soll es jungen Landwirt*innen erleichtern, einen eigenen Betrieb zu gründen. Ebenso sollte der Staat bei den juristischen Kosten für Betriebsgründungen unterstützen und bei Bedarf das Eigenkapital beim Landkauf aufstocken. Denn nicht selten scheitern Existenzgründungen an den Banken und Kreditgebern, weil andere Branchen lukrativer für Investitionsförderungen sind. Auch Nebenerwerbslandwirt*innen müssen positiver bewertet werden, wenn es um den Zugang zu Land, Produktions- und Fördermitteln geht.²⁶ Zudem sollte die Existenzgründungsförderung (als Einkommensunterstützung) im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU angehoben und ebenso wie die Niederlassungsprämien massiv ausgeweitet und erhöht werden.

Gemeinwohlverpachtung von öffentlichem Land

Boden sollte generell nach Gemeinwohlkriterien bewirtschaftet werden, für öffentliches Land gilt dies umso mehr. Die AbL hat einen Katalog zur Verpachtung von öffentlichem Land in Bundesländern, Kommunen oder Kirchen nach Gemeinwohlkriterien entwickelt.²⁷ Eine konsequente Anwendung des Katalogs macht es möglich, dass nicht mehr nach Gewohnheitsrecht und Höchstpachtgebot entschieden wird, wer das öffentliche Land bestellt, sondern nach der Qualität der Bewirtschaftung. Landwirt*innen, die ihr Land nach bestimmten Bodenschutz-, Tierwohl-, Biodiversitäts- und Klimaschutzkriterien bewirtschaften und ihr Unternehmen nach sozial-ökologischen Kriterien führen, wären auf diese Weise im Vorteil.

Grundlage der Bewertung sollte ein demokratisch ausgehandelter Punktekatalog sein. Steht das Ende eines Pachtvertrags an, wird dies ein halbes Jahr vorher bekannt gegeben, so dass sich Interessierte für die Fläche bewerben können. Ihre Bewerbung wird anhand des Punktekatalog bewertet, sie sammeln darüber Gemeinwohlpunkte: z.B. für artgerechte Tierhaltung, Biodiversitätsmaßnahmen oder die Anzahl der Arbeitsplätze pro Hektar. Wer gegen Ausschlusskriterien wie den Einsatz von Gentechnik oder Mindeststandards im Arbeitsrecht verstößt, wird vom Verfahren ausgeschlossen. Wer die meisten Punkte erhält, bekommt den Pachtvertrag. Die Gemeinwohlverpachtung läuft per Konzeptvergabeverfahren ab und ist damit transparenter als viele private Verpachtungen von Land, die oft persönlich ausgehandelt werden. Die Städte Kyritz und Erfurt sowie die Evangelische Kirche Mitteldeutschland und die Diözese Münster haben bereits einen solchen Punktekatalog. Das Beratungsangebot → [fairpachten.org](https://www.fairpachten.org) bietet Kommunen, Kirchen und Stiftungen kostenlose Beratung für die Formulierung von Pachtverträgen an.²⁸ Ziel muss sein, dass die Gemeinwohlverpachtung von öffentlichem Land zum Standard wird.

→ Privatisierung endlich gestoppt: Teilerfolg bei den BVVG-Flächen

Nach der Wende wurden in Ostdeutschland circa eine Million Hektar Staatsland der DDR an die Treuhand übergeben und seit 1992 durch die Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG), die Nachfolgeorganisation der Treuhand, privatisiert und meistbietend verkauft. Von den ursprünglich rund eine Million Hektar gehören nach gut 30 Jahren nur noch 92.000 ha dem Bund. Die meisten Flächen wurden an große Betriebe verkauft. Die BVVG gehörte damit zu den großen

Preistreibern für Agrarflächen im Osten. Nach langen Auseinandersetzungen wurde der gewaltige Privatisierungsprozess 2022 unter der jetzigen Ampelkoalition gestoppt – zumindest eine kleine Trendwende im Umgang mit öffentlichem Land, die über Jahrzehnte durch die kritische Begleitung durch Bäuer*innen erstritten wurde. Ein Großteil der noch verbleibenden Flächen soll nun vorrangig an ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet werden.

Verbesserter Rahmen für die Gemeinwohlverpachtung privater Flächen

Nicht nur wer Land bearbeitet, trägt Verantwortung, sondern auch, wer es besitzt. Eine Stichproben-Studie des Thünen-Instituts hat ergeben, dass in den untersuchten Regionen in Deutschland 49% des Landes nicht-landwirtschaftlichen natürlichen Personen gehört.²⁹ Ziel muss es sein, dass diese Landbesitzer*innen bewusster über die Verpachtung ihres Landes entscheiden und so Verantwortung für dessen Bewirtschaftungsweise übernehmen. Hierfür gibt es bereits Ansatzpunkte:



Nischen und Reallabore stärken

In Nischen haben Zivilgesellschaft und landwirtschaftliche Akteur*innen praktikable Lösungen und Instrumente aufgebaut, um (1) Landbesitzer*innen zu Fragen der sozialen und ökologischen Verpachtung ihrer Flächen zu beraten, (2) Eigentümer*innen von Land und Bäuer*innen besser zu verknüpfen und (3) Boden zu entprivatisieren.

(1) Zu Fragen der sozialen und ökologischen Verpachtung berät beispielsweise der NABU mit seinem Angebot → fairpachten.org. Verpächter*innen legen für ihre Flächen umsetzbare Sozial- und Naturschutzmaßnahmen fest, die im Pachtvertrag verankert werden. Diese Beratungsstrukturen braucht es flächendeckend bundesweit. Sie müssen durch die öffentliche Hand finanziert werden, damit der Hebel „privates Pachtland“ effektiv für die Bodenwende genutzt werden kann.

(2) Eine – bislang nur regionale Lösung – für die Verknüpfung von Landbesitzer*innen und Bäuer*innen hat das Bündnis Junge Landwirtschaft aus Brandenburg aufgebaut: eine Online-Flächenbörse, auf der private Verpächter*innen ihre Flächen inserieren können. Die Plattform trägt dazu bei, die informellen Strukturen auf dem Pachtmarkt transparenter zu machen und ermöglicht auch Neueinsteiger*innen, die nicht aus der Region kommen, den Zugang zu Land. Solche Plattformen braucht es flächendeckend bundesweit, ebenfalls finanziert durch die öffentliche Hand.

(3) Die Entprivatisierung von Boden verfolgen u.a. die Kulturlandgenossenschaft oder das Ackersyndikat. Das Ackersyndikat z.B. hilft Höfen dabei, ihr Land als unverkäufliches Gemeineigentum zu organisieren und für eine ökologische Bewirtschaftung

zu sichern – analog zum Mietshäusersyndikat, das das gleiche mit Wohnraum tut. Ähnlich agiert die Biobodengenossenschaft, ein gemeinwohlorientierter Investor mit eigenem Landwirtschaftsbetrieb zur Inanspruchnahme des Landkaufrechts – weil per Gesetz eigentlich nur Landwirt*innen Boden kaufen dürfen und gemeinwohlorientierte Bodenträger z.T. selbst als „Investoren“ ausgelegt werden. Dabei gibt es einen klaren Unterschied zwischen Kapital anlegenden Firmengeflechten und zivilgesellschaftlich finanzierten nicht-profitorientierten Institutionen zur Landsicherung für eine sozial-ökologische Landwirtschaft. Was es braucht, ist eine Vielzahl an staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Landsicherung – ebenso wie Wahlfreiheit und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in den juristischen Konstruktionen, sodass Betriebe das zu ihnen passende Modell finden können. Außerdem braucht es weitere alternative Bodenträger, die Betriebe bei Landsuche und -kauf entlasten. Wichtig ist, dass sie juristisch nicht als „außerlandwirtschaftliche Investoren“ gelten. Auch auf betrieblicher Ebene können Möglichkeiten zur Landsicherung ausgeschöpft werden – z.B. indem sich Betriebe durch einen Beitritt im Ackersyndikat oder in der Kulturland eG ihr Land „entprivatisieren“ und so auch vor einem Aufkauf durch Investoren schützen.³⁰ Bund und Länder sollten die Rahmenbedingungen so gestalten, dass diese Nischen wachsen können und demokratische Mitgestaltung ermöglicht wird. Hierfür braucht es Förderstrukturen, Wissenstransfer und gesetzliche Anpassungen. Begleitet werden muss dies mit wirksamen Informationskampagnen rund um die Bedeutung der wertvollen Ressource Boden und der besonderen Verantwortung der Bodeneigentümer*innen.

→ Schaffung handhabbarer gemeinwohlorientierter Rechtsformen

Um Nischen und Freiräume zu erhalten und zu stärken, müssen gemeinwohlorientierte Bodenträger und Betriebe auch juristisch auf sicherem Boden stehen. Denn die üblichen Rechtsformen – GbRs GmbHs, KGs, Vereine und AGs – sind alle nicht wirklich auf kollektiven Besitz, Entprivatisierung, geteilte Entscheidungsrechte und Haftungspflichten und die Verfolgung gemeinwohlorientierter Ziele ausgelegt. Selbst Stiftungen und Genossenschaften sind kompliziert zu gründen und durch die schwere und bürokratielastige Verwaltung oft unzureichend in ihren Möglichkeiten. Um Land dennoch langfristig dem Bodenmarkt zu entziehen, haben unterschiedliche

Akteur*innen, wie z.B. das Ackersyndikat, per „law hacking“ verschiedenste Rechtsformkonstruktionen zur Selbstbeschränkung von Rechten und Erweiterungen von Pflichten entwickelt. Es ist überfällig, dass der Bund – insbesondere Bundeswirtschaftsministerium und Bundesjustizministerium – unbürokratische, gemeinwohlorientierte Rechtsformen für andauernd gebundenes Vermögen – also Land und Höfe – schafft. Ziel muss sein, Land auf Betriebsebene langfristig dem Markt zu entziehen, die reine Nutzung in den Vordergrund zu stellen und Betriebsführungs- und Generationswechsel zu erleichtern.³¹

Boden vergesellschaften?

Es gibt etliche Beispiele undemokratischer und brutaler staatlicher Bodenreformen auf Kosten der Bäuer*innen – wie in der Tschechoslowakei ab 1918 und der Sowjetunion ab 1930. Sie zerstörten bäuerliche Strukturen und waren Treiber von Landakkumulation. Auch die Zwangskollektivierung in der DDR, bei der Landbesitz und dessen Bewirtschaftung verstaatlicht und bäuerliche Strukturen in ihrer Selbstbestimmung beschnitten und zerstört wurden, wurde als Enteignung wahrgenommen und führte zu einer der höchsten Suizidraten unter Bauern in der DDR-Geschichte. Damals wurden Enteignungen nicht mit dem Ziel einer breiten Eigentums- und Nutzungsstreuung und Selbstbestimmung der Landbevölkerung über ihren Boden durchgeführt. Genau darum aber muss es bei heutigen demokratischen (!) Vergesellschaftungsprozessen gehen. Denn: Außerlandwirtschaftliche Investoren und Großgrundbesitzer wurden historisch bei der Vermögensanhäufung begünstigt und profitieren von vergangenen Akkumulationsprozessen. Die Landkonzentration droht grundlegende Rechte sowie soziale und ökologische

Ziele zu untergraben. Ziel muss es daher sein, das Land von Investoren und Großgrundbesitzern ab gewissen Schwellengrenzen (d.h. nicht alles Land soll vergesellschaftet werden, sondern nur ab einer bestimmten Größe) zu vergesellschaften, um Gestaltungsräume für bäuerliche Strukturen und demokratische Ernährungssysteme zu schaffen. Dafür müssen herrschende Eigentumsnarrative hinterfragt und durch solidarische ersetzt werden. Die Nutzung von Land für großindustrielle Landwirtschaft, Mega-Solarparks, Biomasseproduktion oder *Carbon Farming*³² muss gesellschaftlich diskutiert werden; es gilt aus Fehlern historischer Bodenakkumulation zu lernen. Das Grundgesetz sieht die Möglichkeit von Vergesellschaftungen „zum Wohle der Allgemeinheit“ vor. Für Industriegebiete, Autobahnen oder Rohstoffgewinnung werden Landwirt*innen und Waldbesitzer*innen seit Jahrzehnten enteignet. Was wir brauchen, ist eine Diskussion über die demokratische Kontrolle der Ressource Boden zugunsten einer vielfältigen und fairen Agrarstruktur.

Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation

Gerechte Bodenpolitik ist ein zentraler Baustein für die sozial-ökologische Transformation von Landwirtschaft und Ernährungssystem. Diese Transformation kann sie selbstverständlich nicht allein leisten, sondern nur in Kombination mit weiteren Maßnahmen.

→ Regionale Ernährungssouveränität in Zeiten der Klimakrise

Dem Weltklimarat zufolge müssen Landwirtschaft und Ernährungssektor nicht nur selbst ihre Emissionen drastisch reduzieren.³³ Der Sektor muss sich durch eine Diversifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe und Landschaften, mehr Agroforstwirtschaft und mehr agrarökologische Ansätze ebenfalls konsequent an den Klimawandel anpassen.³⁴ Gerechte Bodenpolitik ist eine wichtige Bedingung dafür, dass dies möglich ist. Denn ihre Instrumente ermöglichen eine vielfältige und ökologisch ausgerichtete Agrarstruktur, die weit aus bessere Möglichkeiten zur Anpassung an die

Klimafolgen als die industrielle Landwirtschaft bietet.³⁵ Regionale Versorgungswirtschaften sind um ein Vielfaches resilienter und reduzieren die Abhängigkeit von bisweilen unberechenbaren globalen Lieferketten. Entscheidend ist, dass dies mit einer guten sozialen Absicherung und fairen Löhnen für die Menschen in der Landwirtschaft einhergeht. Was es braucht, ist eine Vielzahl an betrieblichen Strukturen und Anbaumethoden und ein ganz anderes Fortschrittsdenken, als es in den letzten Jahrzehnten propagiert wurde.³⁶

Koloniale Strukturen und nationalistische Argumentationsmuster

Das Bild vom „deutschen Bauern, der auf seiner Scholle das Volk ernährt“, ist seit jeher populär. Es sickert auf Verbändepapiere und Milchverpackungen und bleibt trotzdem gefährlich und realitätsfern. Auf seiner Basis fordert aber auch das rechte und rechtsoffene Spektrum des landwirtschaftlichen Berufsstandes, dass Bauern vor dem Weltmarkt und den billigen Löhnen und Preisen aus Osteuropa und dem Mittelmeerraum geschützt werden müssten, sonst ginge die deutsche Landwirtschaft zu Grunde. Der Frust über dieses Wirtschaftssystem aus landwirtschaftlicher Sicht ist mehr als nachvollziehbar. Doch diese Kritik spielt die Bäuer*innen im Globalen Norden gegen die im Globalen Süden aus – zumal die Bäuer*innen hierzulande vergleichsweise noch am besten vor dem harten Weltmarkt geschützt sind, Deutschland weit von einer Selbstversor-

gung entfernt ist und viele Vorteile im kolonialen Agrarsystem genießt. Fakt ist: Deutschland ernährt sich auch von anderen Ländern und Erdteilen und hinterlässt durch den Konsum von Agrarprodukten verheerende Spuren. Die Ausbeutung des globalen Südens (z.B. durch Sojaanbau für Futtermittel im Amazonasgebiet) und die Zerschlagung lokaler Handelsstrukturen (z.B. Export von Milchpulver aus Deutschland in weite Teile des afrikanischen Kontinents) muss beendet werden. Neben einer regionalen Versorgungswirtschaft innerhalb der Grenzen des Planeten mit hohen sozialen Standards für alle landwirtschaftlichen Arbeiter*innen und solidarischen globalen Handelsstrukturen braucht es eine Debatte über Reparationen³⁷ für den vergangenen Verbrauch von Landflächen und deren Zerstörung und Aneignung im Globalen Süden.

→ **Wirtschaften mit weniger Preisdruck**

Gerechte Bodenpolitik kann dazu beitragen, den Preisdruck in Landwirtschaft und Ernährungssystem erheblich zu mindern und Pacht- und Bodenpreise durchzusetzen, die sich an den tatsächlichen Ertragsmöglichkeiten des Bodens orientieren. Wenn die Flächen des Betriebs weniger Profit abwerfen müssen, entsteht Raum für einen schonenderen Umgang mit den Böden, für agrarökologische Methoden und extensive Bewirtschaftung,

ebenso wie für einen respektvollen Umgang mit den Menschen, die den Boden bestellen. Darüber hinaus schafft der Ausstieg aus der Preisspirale überhaupt erst die Planungsperspektiven für einen steten Humusaufbau und das langfristige Wachstum von Agroforsten und anderen Gehölzstrukturen. Es braucht niedrigere Bodenpreise, damit Naturschutzleistungen (ausreichend entlohnt) in der Landwirtschaft möglicher werden.

→ **Artenvielfalt, gesündere Böden, lebendigere Landschaften**

Gerechte Bodenpolitik trägt mit dazu bei, dass der Trend zu immer größeren agrarindustriell bewirtschafteten Flächen mit verheerenden Folgen für Bodenverdichtung, Wasserhaushalt und Artenvielfalt gestoppt oder umgekehrt wird. Sie kann außerdem dazu führen, dass Flächen konsequent nach ökologischen und sozialen Kriterien sowie insgesamt kleinteiliger und vielfältiger bewirtschaftet werden. Kleine regional verankerte und selbstständige Betriebe wirtschaften eher in Kreisläufen, haben eine höhere Vielfalt im Anbau und eine strukturreiche Feldflur mit einem hohen Wert für

die Biodiversität, den Humusaufbau im Boden und den lokalen Wasserhaushalt.³⁸ Die Kleinräumigkeit der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung ist für die Biodiversität genauso wichtig wie die Wende hin zur ökologischen Landwirtschaft. Der Weltagrarbericht fordert kleinbäuerliche, arbeitsintensivere und auf Vielfalt ausgerichtete Strukturen als Bedingung für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Lebensmittelversorgung.³⁹ Und auch die EU-Biodiversitätsstrategie stellt den Wert des Erhalts vieler landwirtschaftlicher Betriebe für die Artenvielfalt klar heraus.

→ **Freiräume für kooperatives Wirtschaften**

Bodenpolitische Instrumente wie die langfristige Sicherung und gemeinwohlorientierte Verpachtung von Flächen sind die grundlegende Bedingung dafür, dass all diejenigen, die nachhaltige Landwirtschaft und Gärtnerei betreiben wollen, auch die Chance bekommen, dies zu tun. So kann sich eine Vielfalt an Betrieben – und v.a. auch solche mit solidarischen, gemeinwohlorientierten Betriebsmodellen – entwickeln: neue landwirtschaftliche Betriebe und Gärtnereien, die über soziale Netzwerke in die umliegenden Dörfer und Städte eingebunden sind, solidarische Landwirtschaften, in denen Bäuer*innen und Konsument*innen gemeinsam die Risiken tragen und die auch Menschen mit geringem Einkommen

Zugang zu hochwertigen bezahlbaren Lebensmitteln ermöglichen, Bürgeraktiengesellschaften, die Einblick in die Betriebe haben, lokale Erzeugergemeinschaften und Bodengenossenschaften, Bäuer*innen, die nicht alleine die Risiken eines hochkomplexen Wirtschaftszweigs tragen. Kurz: Gerechte Bodenpolitik ermöglicht – in Verbindung mit einem ebenfalls gerecht gestalteten Zugang zu Wasser sowie zu Wohnraum für landwirtschaftliches Personal – kooperatives landwirtschaftliches Wirtschaften und den Erhalt und Wiederaufbau bäuerlicher Betriebsstrukturen.⁴⁰ In diesen übersichtlichen Betriebsstrukturen ist zudem Raum für den Aufbau sozialer Beziehungen, die Menschen einen Bezug zur Landwirtschaft ermöglichen.

→ Lebendige ländliche Räume für ein vielfältiges Ernährungssystem

An vielen Stellen denken Menschen als Verbraucher*innen über die Umstellung des Ernährungssystems nach. In etlichen Kommunen setzen sich Ernährungsräte für eine demokratische Umgestaltung und eine regionale, faire und ökologische Versorgung ein. Das Problem: Oftmals fehlen den Verbraucher*innen, die mehr Mitsprache und Mitgestaltung wollen, die Ansprechpartner*innen und Lieferant*innen und damit auch das Wissen für den schrittweisen Aufbau von klimagerechten regionalen Versorgungsstrukturen als wesentlicher Bestandteil eines fair und klimagerecht ausgestalteten globalen Handelssystems. Für große landwirtschaftliche Betriebe lohnt die Belieferung kleiner Abnehmer wie Kantinen oder kleinen Lebensmittelgeschäften oft nicht, sie liefern stattdessen in großen Mengen an den Einzelhandel oder für den Export. Und nicht nur fehlen die Erzeuger*innen einer bunten Vielfalt von Lebensmitteln. Es fehlen auch die Betriebe aus dem Lebensmittelhandwerk, die diese Vielfalt weiter verarbeiten: So ist etwa die Anzahl der Bäckereien, Mühlen und Fleischereien in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken.⁴¹ Das Höfester-

ben und die Konzentration landwirtschaftlicher Betriebe und die damit verbundene Schwierigkeit, Produktionsketten aufzubauen, blockieren die Transformation des Ernährungssystems und den Wiederaufbau einer kleinräumigen Versorgungswirtschaft.

Eine gerechte Bodenpolitik, die für eine größere Anzahl von Betrieben sorgt, ist auch hier eine – wenn natürlich nicht die einzige – Bedingung für den Aufbau regionaler Versorgungsstrukturen. Nur wenn sich neue landwirtschaftliche Betriebe gründen, kann sich auch Lebensmittelhandwerk wieder ansiedeln, nur dann sind im ländlichen Raum überhaupt erst wieder mehr Menschen vor Ort. Als Keimzellen für kooperative, solidarische und demokratischere Betriebsformen ziehen sie wiederum Menschen aufs Land, mit denen oftmals in kleinen, aber sehr belebenden Dosen Kultur und Miteinander in die Dörfer kommt, wie das Beispiel Wendland oder die zunehmende Anzahl von Solidarischen Landwirtschaften um Leipzig herum zeigen. Das entzieht nicht zuletzt auch Rechtsextremen auf dem Land den Boden für ihr Treiben.



Wie kommen wir dahin?

Die Agrarpolitik ist ein sensibles Politikfeld. Obwohl in Deutschland zahlenmäßig nur noch wenige Menschen in der Landwirtschaft arbeiten, haben sie politisch ein sehr großes Gewicht. Bäuer*innen sind gesellschaftlich eine anerkannte Berufsgruppe, und zusätzlich eine mit besonderen Herausforderungen: Ihre Verbundenheit mit dem eigenen Hab und Gut und vor allem auch dem eigenen Land ist sowohl ökonomisch von zentralem Stellenwert als auch kulturell tief verankert. Insgesamt gehört die Landwirtschaft zu einem eher wertkonservativen Spektrum, obgleich sie seit Jahrzehnten einen sehr tiefgreifenden Strukturwandel durchlebt. Heutzutage führen Landwirt*innen ihre Unternehmen unter hohem ökonomischen Druck, eng verbunden mit der Sorge um die Absicherung im Alter. Gleichwohl ist das Spektrum an Akteur*innen sehr divers – es reicht von der Spitze des sehr konservativ und großindustriell geprägten Deutschen Bauernverbands über eine ganze Reihe von Reichen, deren großer Landbesitz noch auf Zeiten der Ständegesellschaft zurückgeht, über die klassischen Familienbetriebe (aber Achtung: der Begriff „Familienbetrieb“ wird oft romantisiert⁴²) oder Vermögensverwaltungs- und Servicegesellschaften bis hin zu sehr progressiven Kräften, die Solidarische Landwirtschaften, Genossenschaften oder andere kooperative Betriebsformen aufbauen. Wer für den gesamten Berufsstand sprechen will, sieht sich einem enorm breiten Spektrum gegenüber.

Die progressive bäuerliche Bewegung, die gegen Bodenkonzentration, Bodenspekulation und in der Folge Bodenverlust und für eine sozial, ökologisch und auch ökonomisch tragfähige bäuerliche Landwirtschaft kämpft, braucht im Themenfeld Bodenpolitik und auch sonst an vielen Stellen Unterstützung. Ziel muss es sein, Druck für eine gerechte Bodenpolitik zu erzeugen – nicht zuletzt auch deshalb, weil es fair wäre, diejenigen, die unser Essen anbauen und die wertvolle Ressource Boden schützen, in diesem Kampf nicht allein zu lassen. Viele Akteur*innen arbeiten selbst in der Landwirtschaft und haben kaum Zeit für politische Arbeit. Zudem liegen die strategischen Ansatzpunkte für eine verantwortungsvolle Bodenpolitik sehr breit gestreut bei Kommunen, Ländern und dem Bund. Um als Zivilgesellschaft und Aktivist*innen möglichst wirksam zu sein, ist eine gute Vernetzung mit und Unterstützung von progressiven, über das nötige Wissen verfügenden Akteur*innen in der Landwirtschaft in allen Bereichen das A und O.⁴³

Spektrum der Verbündeten⁴⁴

Im Akteursfeld Bodenpolitik zeigt sich: Es gibt einen sehr kleinen Kreis von Akteur*innen, die gerechte Bodenpolitik schon ganz praktisch⁴⁵ sowie mit politischer Lobby- und Kampagnenarbeit voranbringen und die wichtigen Gerechtigkeitsfragen zur Verteilung des Bodens stellen.⁴⁶ Daneben gibt es ein sehr breites Akteursfeld im Bereich Landnutzungskonflikte und Bodenschutz, die als passive Unterstützer*innen dem Gedanken aufgeschlossen gegenüberstehen, dass Boden ein ebenso sorgfältig zu schützendes Gemeingut wie Wasser ist. Oft thematisieren diese passiven Unterstützer*innen – wie etwa viele große Umweltverbände oder Klimagruppen – Bodenpolitik aber nicht explizit in ihrer Arbeit und ziehen nicht die möglichen Querverbindungen, bei denen auch die sozialen Fragen in der Landwirtschaft mitgedacht werden müssen.

Ein Großteil der Menschen wiederum steht dem Thema neutral gegenüber, weil Bodenpolitik in der Öffentlichkeit kaum vorkommt. Bevor gerechte Bodenpolitik eine Chance auf breite Umsetzung hat, braucht es deshalb viel Information und Aufklärung. Denn eine wiederum kleine, aber kapitalstarke und politisch einflussreiche Gruppe von Akteur*innen, geprägt von sehr vermögenden Menschen, bremst eine gerechte und gemeinwohlorientierte Bodenpolitik aktiv aus. Wichtig ist: Für Fragen der Bodenverteilung und damit verbundenen Gerechtigkeitsfragen lassen sich auch konventionelle Landwirt*innen gewinnen, und über Parallelen zu Raum- und Flächenfragen und den Ausverkauf des Bodens an große Konzerne auch städtische Akteur*innen.



Transparenz auf dem Bodenmarkt einfordern

Bund und Länder stehen in der Verantwortung, Transparenz auf dem Bodenmarkt herzustellen. Das muss von betroffenen Bäuer*innen sowie Akteur*innen, die sich für eine nachhaltige, gerechte und soziale Landwirtschaft einsetzen, in der Öffentlichkeits-, Vernetzungs- und Lobbyarbeit immer wieder deutlich eingefordert werden, ggf. muss die Transparenz gerichtlich eingeklagt werden. Auf dem Weg zu einer vollständigen Transparenz auf dem Bodenmarkt, können auch

Wissenschaftler*innen und ITler*innen einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie für bestimmte Regionen Statistiken über die Verteilung von Land erstellen und Vorschläge für einen praktikablen Aufbau angemessener Dateninfrastrukturen zur Erfassung der tatsächlichen Besitzverhältnisse machen. Hierbei lohnt ein Blick in die Mieter*innenbewegung, die solche Ansätze schon zum Wohnungsmarkt erarbeitet hat.⁴⁷



SHARE DEALS verhindern und starke Agrarstrukturgesetze einfordern

Die Diskussion um SHARE DEALS kommt seit bald einem Jahrzehnt kaum voran. Jetzt ist es wichtig, vor allem in den Reihen der Bauernverbände nach Verbündeten zu suchen, wo viele Mitglieder abseits der Verbandsspitzen durchaus offen für eine gerechtere Verteilung von Boden sind. Ergänzend braucht es in allen Bundesländern starke regionale Bündnisse von Aktivist*innen aus dem Bereich Landwirtschaft, Klimagerechtigkeit, Naturschutz, Umweltschutz, Regionalbewegungen, Junglandwirt*innen, Bürgermeister*innen, Lokalpolitiker*innen und Landespolitiker*innen, die sich für gerechte Bodenpolitik stark machen. Dringend benötigt werden Kapazitäten für Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenarbeit, Bewegungsarbeit und Organizing in den

Ländern. Einen konkreten Ansatzpunkt – und Kristallisationspunkt für Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit – bieten juristische Klagen, z.B. Klagen gegen den Bund aufgrund der Benachteiligung von Bäuer*innen bei der Grunderwerbssteuer gegenüber Investoren, die diese bei SHARE DEALS oftmals nicht zahlen müssen, oder Klagen gegen einzelne Verwaltungen wegen Benachteiligung aufgrund zu kurzer Fristen für die Ausschreibung von zum Verkauf stehenden Agrarflächen. Um solche Klagen vorzubereiten, braucht es Geld zur juristischen Prüfung der konkreten Klagemöglichkeiten, Kapazitäten zur Suche nach betroffenen, zur Klage bereite Bäuer*innen sowie Kapazitäten für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit.

Unterschiedliche Agrarstrukturen in Ost & West

Aufgrund der Teilung Deutschlands sind in Ost und West zwei unterschiedliche Agrarsysteme entstanden: Während es im Westen durchgängig viele einzelunternehmerische Familienbetriebe gab, wurden in der DDR durch die Bodenreform von 1945 (Enteignung von Großgrundbesitzern über 100 ha sowie ehemaligen NSDAP-Funktionären unter dem Motto „Junkerland in Bauernhand“) sowie die Zwangskollektivierungen von 1952-60 (Zusammenlegung vormals privater landwirtschaftlicher Betriebe zu genossenschaftlichen oder staatlichen Betrieben) große zusammenhängende Agrarflächen geschaffen. Diese Großstrukturen prägen bis heute die ostdeutsche Agrarstruktur und locken nun – mit erheblichen Steigerungseffekten für die Bodenpreise – außerlandwirtschaftliches Kapital an. Das Wissen um die unterschiedlichen Agrarstrukturen in Ost und West ist entscheidend, um im Bereich Bodenpolitik wirksam aktiv zu werden: So ist die Gemeinwohlverpackung in Ostdeutschland ein wichtiger Hebel zur Belebung

des teils verödeten ländlichen Raumes. In Westdeutschland dagegen finden sich mehr kleinere und mittelgroße Höfe, die von Enteignung, für z.B. Industriegebiete und Straßen, und Versiegelung betroffen sind und durch Hofbesetzungen unterstützt werden können. Die Landesagrarstrukturgesetze wiederum sind im Osten Deutschlands von besonderer Relevanz, weil hier die großen Flächen Investoren besonders anlocken. Die Anpassung des Erbschaftsrechts und Ermöglichung von Hofübergaben dagegen ist für Westdeutschland von größerer Bedeutung, denn hier gibt es noch mehr Höfe, die zu erhalten sind. Ganz entscheidend ist: Wenn man in Ostdeutschland die Vergesellschaftung von Land thematisiert, sollte man sich der Historie von Enteignung, Zwangskollektivierung und Privatisierung in der DDR und Nachwendezeit bewusst sein. Dies ist ein kontroverses Thema, welches bis heute das Bewusstsein der ländlichen Bevölkerung prägt.



Bessere soziale Absicherung für Menschen in der Landwirtschaft erstreiten

Eine gerechte Bodenpolitik lässt sich nicht ohne die Landwirt*innen durchsetzen. Deshalb ist es zentral, deren Kämpfe für eine bessere soziale Absicherung zu unterstützen. Hier liegt eine konkrete Aufgabe für Umwelt- und Naturschutzverbände, Ernährungsräte oder Verfechter*innen einer gesünderen und regionaleren Lebensmittelversorgung. Sie müssen sich viel stärker als bisher und gemeinsam mit sowohl den angestellten landwirtschaftlichen Arbeiter*innen und den Landwirt*innen (z.T. auch in ihrer Rolle als Arbeitgeber*innen) den sozialen und ökonomischen Fragestellungen um gute Einkommen und angemessene Alterssicherungen annehmen.

Zur Erläuterung: Landwirt*innen und Gärtner*innen sowie deren mitarbeitende Familienangehörige sind in Deutschland über die Alterskassen bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften extrem schlecht versichert.⁴⁸ Diese Renten müssen die Landwirt*innen aktuell ergänzen – etwa durch sogenannte Altenteilleistungen bzw. Leibrenten⁴⁹, Pachteinahmen oder privates Vermögen. Das führt zu gravierenden strukturellen Problemen: Landwirt*innen, die aus dem Berufsleben ausscheiden, sind im Grunde gezwungen, Hof und landwirtschaftliche Flächen gegen eine auskömmliche Leibrente oder den Verkauf abzugeben – was Hofübergaben innerhalb der Familie sehr konfliktreich macht. Auch Hofübernahmen außerhalb der Familien scheitern oft, weil die Junglandwirt*in-

nen hohe Kredite aufnehmen müssen bzw. die Bodenpreise so hoch sind, dass sie mit einer nachhaltigen schonenden Landwirtschaft überhaupt nicht erwirtschaftet werden können.

Die bessere soziale Absicherung von allen Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, – migrantische Saisonsarbeitskräfte⁵⁰ eingeschlossen – ist die Bedingung für eine gemeinwohlorientierte und ökologische Landwirtschaft. Hier liegt eine wichtige Parallele zur Rolle der Sorgearbeit für die Gesellschaft. Die soziale Absicherung von Landwirt*innen muss gesichert sein, ohne dass diese Betriebsvermögen veräußern müssen, so dass dieses einfacher an die nächsten Bewirtschafter*innen weitergegeben werden kann. Ein Ansatz könnte ein staatlicher Rententopf sein, auf den zugegriffen werden kann, wenn Höfe erfolgreich und komplett übergeben wurden.

Zudem braucht es mehr gewerkschaftliche Organisation, die dringend auch die unterschiedliche Privilegierung im Berufsstand berücksichtigen und gleichzeitig einer weitere Spaltung des Berufsstands entgegenwirken muss, wie es sie bereits in Frankreich und Großbritannien gibt. Denn eine reale Schlagkraft aller landwirtschaftlichen Berufsgruppen in der sozialen Frage wird nur entstehen, wenn insgesamt ein gutes Auskommen für die Landwirtschaft erstritten wird.



Diskussionen über die Verwendung der Ressource Boden lostreten

Die Verteilung von Land wird in Deutschland zwar punktuell diskutiert.⁵¹ Was es aber braucht, ist eine grundlegende Debatte dazu, wie wir mit der wertvollen Ressource Boden in Zukunft umgehen wollen und wer darüber zu bestimmen hat. Denn dies ist keine Frage, die Landeigentümer*innen und Pächter*innen (letztere zumeist unter hohem ökonomischen Druck) allein entscheiden sollten. Deshalb müssen zum einen auch Akteur*innen, die sich bislang nur indirekt mit Bodenfragen befassen, – wie etwa dem Einsatz für mehr Naturschutz, den Schutz der Artenvielfalt, die Verhinderung neuer Straßen oder der Widerstand gegen

ein neues Gewerbegebiet⁵² – über ihre konkreten Anliegen hinaus das Thema Boden explizit bearbeiten.⁵³ Zum anderen kann auch der solidarische Widerstand gegen Zwangsräumungen von Höfen die bodenpolitische Debatte voranbringen.⁵⁴ Es muss noch viel deutlicher werden: Boden ist – wie auch Wasser – kein Gut, das am Markt gehandelt werden darf; wir müssen die Landnutzung insgesamt aushandeln: demokratisch, transparent, generationengerecht und eingebettet in die globalen Zusammenhänge von Landnutzungskonflikten in unserem imperialen Wirtschaftssystem.

→ **Vor Ort die Gemeinwohlverpachtung öffentlicher und privater Flächen fordern**

Solange die Gesetze und Regelungen im Bund und in der EU umweltschädliche landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen noch zulassen, können lokale Akteur*innen die Bodenwende dennoch selbst in die Hand nehmen. Wie sich so etwas erstreiten lässt, zeigt beispielsweise Greifswald, wo das Bündnis „Unser Land schafft Wandel“ aus verschiedensten agrar-, umwelt- und klimapolitischen Gruppen transparente, soziale und ökologische Pachtkriterien für die kommunalen Flächen erarbeitet hat.⁵⁵ Ihre Anwendung einzufordern bleibt aber eine stete Herausforderung. Damit Städte, Dörfer, Kirchgemeinden oder auch Universitäten ihr Land nur noch nach Gemeinwohlkrite-

rien bewirtschaften lassen, braucht es an vielen Orten Menschen, die zu den konkreten Flächen vor Ort ins Gespräch mit den Verantwortlichen gehen, sich hierbei von Expert*innen beraten lassen, den Konflikt nicht scheuen und beharrlich die nachhaltige Verpachtung des Landes einfordern, dazu Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen organisieren und Verbündete – u.a. Junglandwirt*innen und Existenzgründer*innen – suchen. Neben dem lokalen und regionalen Fokus auf öffentliche Flächen, müssen möglichst viele private Landeigentümer*innen für die Gemeinwohlverpachtung ihrer Flächen gewonnen werden.

→ **Solidarische Reallabore und Praxisansätze stärken**

Ackersyndikat, Boden-Genossenschaften oder Flächenplattformen – all diese Ansätze helfen Junglandwirt*innen und kleinen Betrieben Zugang zu Land zu bekommen, fördern kleinteilige Agrarstrukturen und unterstützen die ökologische Landwirtschaft. Die Konzepte sind vorhanden; nun müssen diese Reallabore weiter ausgerollt werden. Es braucht Unterstützung, z.B. durch Menschen, die Genossenschaftsmitglieder werden oder Bodeneigentümer*innen, die ihr Land den Genossenschaften oder Stiftungen übereignen. Es braucht Gründer*innen weiterer Flächenplattformen wie in Brandenburg⁵⁶ auch in anderen

Regionen, damit diejenigen, die ihre Flächen aktiv in eine nachhaltige Bewirtschaftung geben wollen, dies unkompliziert tun können. Klar ist aber: Diese kollektiv finanzierten und organisierten Reallabore stoßen angesichts des angespannten Bodenmarktes und der exponentiell gestiegenen Bodenpreise schnell an Grenzen. Ohne die entsprechenden kommunal-, landes- und bundespolitischen Regelungen und Weichenstellungen zur Eindämmung von Landkonzentration wird es nicht gehen. Deshalb sind die politischen Auseinandersetzungen und Prozesse hierum ebenso entscheidend.

→ **Stadt-Land-Beziehungen neu gestalten**

Grundvoraussetzung für eine gerechte Bodenpolitik und eine sozialere Landwirtschaft ist, dass die Beziehungen zwischen Stadt und Land ganz neu gestaltet werden. Denn obwohl der ländliche Raum seit jeher die Städte mit Essen, Baustoffen und nunmehr auch mit erneuerbarer Energie versorgt, spielt er in zentralen gesellschaftlichen Debatten keine bzw. nur eine untergeordnete Rolle oder gilt als Problemzone, aus der die gestaltenden Kräfte verschwinden.⁵⁷ In Widerspruch dazu steht, dass der ländliche Raum mit seiner vermeintlichen Landidylle und heilen Welt die gestressten Seelen der Städter*innen beruhigen soll, während sie sich vielfach desinteressiert gegenüber den sozialen Fragen sowie der notwendigen wirtschaftlichen

Gestaltung des ländlichen Raums zeigen. Das muss sich ändern. Der ländliche Raum inklusive des landwirtschaftlichen Sektors ist ebenso wie die Stadt ein Ort, der gesamtgesellschaftlich demokratisch und sozial gestaltet werden muss. Hierfür braucht es – auch in den sozialen Bewegungen inklusive der Klimagerechtigkeitsbewegung – ein grundlegend anderes Verständnis vom ländlichen Raum und dessen Akteursstrukturen sowie neue lokale und regionale Stadt-Land-Allianzen auf Augenhöhe. Dazu gehört auch, die Bodenpolitik in Stadt und Land zusammenzuführen und insgesamt eine bedürfnisorientierte Nutzung des knappen Gutes Boden zu erstreiten.

Zum Weiterlesen

[Aktion Agrar \(2021\)](#)
[Aktionsheft Agrarwende](#)

[Aktion Agrar \(2021\)](#)
[Ackerland im Ausverkauf](#)

[Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft \(2022\)](#)

[Einführung einer progressiven Grunderwerbsteuer zur Regulation des landwirtschaftlichen Bodenmarkts im Zusammenspiel mit weiteren Instrumenten](#)

[ARD Radiofeature \(2022\)](#)
[Landraub in Deutschland – Doku über die Spekulation mit Boden](#)

[Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft \(2022\)](#)
[Positionspapier Gemeinwohlorientierte Verpachtung. Kriterien für die Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen in öffentlicher und privater Hand.](#)

[Beste, Andrea \(2015\)](#)
[Down to Earth – The soil we live off. On the state of soil in Europe's agriculture.](#)

[BR \(Film 2022\)](#)
[Höfesterben in Deutschland: Der Kampf ums Ackerland](#)

[FINC Foundation \(2020\)](#)
[Agrarwende konkret. Wie wir die Landnutzung lokal umgestalten.](#)

[Heinrich-Böll-Stiftung](#)
[diverse Atlanten rund ums Thema Landwirtschaft](#)

[Kritischer Agrarbericht \(2023\)](#)
[Brunner, J. Et al.: Gemeinwohl statt Profite. Politische Ansätze für einen fairen und transparenten Zugang zu Land.](#)

[Kritischer Agrarbericht \(2020\)](#)
[Brändle, Ph.: Wie gewonnen so zerronnen. Versuch einer Existenzgründung in der Landwirtschaft – ein Erfahrungsbericht.](#)

[Oekom \(2010\) Montgomery, David Dreck. Warum unsere Zivilisation den Boden unter den Füßen verliert.](#)

[Research Institute for Sustainability Helmholtz-Zentrum Potsdam \(Animation 2012\) Let's talk about soil](#)

[Statistical Yearbook – World Food and Agriculture \(2022\)](#)

[Statistische Ämter des Bundes und der Länder \(2020\) Storymap: Wem gehört die Landwirtschaft?](#)

Ergänzungen & Verweise

1 [Science \(2015\) Amundson, R. et al Soil and human security in the 21st century](#)
[World Atlas of Desertification \(2018\)](#)
[Our World in Data \(2012\)](#)

2 [Destatis \(2021\)](#)
[Wem gehört die Landwirtschaft? Bedeutung von Unternehmensgruppen erstmals untersucht](#)

3 [Destatis \(2021\)](#)
[Strukturwandel in der Landwirtschaft hält an](#)

4 [Thünen Report 52 \(2017\) Tietz A. Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen: Entwicklungen bis 2017](#)
[Wie groß der Anteil von SHARE DEALS / Anteilskäufen auf dem deutschen Bodenmarkt insgesamt ist, kann wegen fehlender Statistiken nur geschätzt werden.](#)

5 Siehe 2

6 Siehe 2

7 [Thünen-Institut für Betriebswirtschaft / Georg-August-Universität Göttingen \(2022\). Padel, S. et al. Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland](#)

8 [Nature food \(2021\). Crippa, M. et al. Food systems are responsible for a third of global anthropogenic GHG emissions](#)
[IPCC Special Report \(2022\)](#)
[Special Report on Climate Change and Land, Chapter 5: Food Security](#)

9 Diese Berechnungen schließen Emissionsquellen der mobilen und stationären Verbrennung der Landwirtschaft mit ein, siehe UBA (2022) Weitere, indirekte Emissionen, die durch die Landwirtschaft entstehen,

aber in anderen Sektoren verrechnet werden, wie der Energieverbrauch oder die Herstellung von Mineraldünger, sind in diesen Zahlen nicht eingeschlossen. Auch indirekte Emissionen, die in anderen Ländern entstehen (z.B. durch importierte Futtermittel wie Soja aus Südamerika), aber aufgrund des Territorialprinzips nicht erfasst werden, bleiben hier unberücksichtigt. Diese müssen im Sinne globaler Gerechtigkeit dringend beachtet werden, siehe Brand, X. (2022) [Klima schützen und Höfe erhalten; Thünen Report 91](#)

10 [Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft \(2022\)](#)
[Landwirtschaftliche Flächenverluste](#)

11 [Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft \(2021\)](#)
[Der landwirtschaftliche Bodenmarkt in Deutschland](#)

- 12 Umweltbundesamt (2021)
Treibhausgasmindering um 70 Prozent bis 2030: So kann es gehen!
- 13 Heinrich-Böll-Stiftung, IASS, BUND, Le Monde diplomatique (2015)
Bodenatlas: Daten und Fakten über Acker, Land und Erde
- 14 Dem Potenzial des Klimaschutzes durch Humusaufbau sind jedoch natürliche Grenzen gesetzt: Humus kann nicht unbegrenzt aufgebaut werden, da sich nach Jahrzehnten ein neues Fließgleichgewicht in den Böden einstellt und so kein zusätzlicher Kohlenstoff gespeichert werden kann. Siehe Poeplay (2021)
Auch ist der Aufbau von Humus vollständig reversibel, sobald die Bewirtschaftungsform wieder geändert wird. Um ein dauerhaftes Gleichgewicht zu halten, müssen humusfördernde Maßnahmen daher langfristig beibehalten werden. Siehe Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (2021), siehe auch UBA (2019)
- 15 Die Zahl von 27 ha versiegelter Fläche pro Tag basiert auf mittleren Versiegelungswerten und stellt eine Unterschätzung dar.
Siehe Leibnitz-Institut für ökologische Raumentwicklung (2015)
- 16 Thünen Report 85 (2021) Tietz A. et al.
Untersuchung der Eigentumsstrukturen von Agrarflächen in Deutschland
- 17 Land Reform (Scotland) Bill (2015)
- 18 Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ (2015)
Landwirtschaftliche Bodenmarktpolitik: Allgemeine Situation und Handlungsoptionen
- 19 Dies passiert, sofern die staatlichen Landesgesellschaften als Zwischenkäufer von Land auftreten.
- 20 Wenn z.B. jemand Land von einer Nachbarin kaufen will, muss erst die Landesgesellschaft überprüfen, ob Bäuer*innen aus dem Umkreis das Vorkaufsrecht in Anspruch nehmen wollen. Ist dies der Fall, kauft die Landesgesellschaft das Land von der Nachbarin. Auf diesen Kauf fällt Grunderwerbsteuer an. Anschließend muss die Bäuerin das Land von der Landesgesellschaft kaufen und zahlt nun noch einmal die Steuer.
- 21 Correctiv (2022)
EU-Agrarsubventionen: Diese Großkonzerne profitieren
- 22 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (2021)
AbL definiert „aktiven Landwirt“: Agrarförderung für Bauern statt für Möbelhäuser
- 23 Voraussetzung hierfür wäre, dass die Landgesellschaften auch Land bevorraten dürfen, was das sogenannte Reichsiedlungsgesetz bislang verhindert.
- 24 Das dänische Recht zur „Erbpacht“ erlaubt es Landwirt*innen Flächen auf Lebenszeit zu pachten. Es gibt ein Vorpachtrecht für die Kinder, sofern sie den Betrieb weiterführen; wenn sie dies jedoch nicht tun, fällt das Land per Pacht an andere Bäuer*innen.
- 25 Seit Jahren fehlen in der Landwirtschaft Fachkräfte, insbesondere was Betriebsleitungen betrifft. Gleichzeitig sind Hofnachfolgen durch die eigenen Kinder selten gesichert, so dass theoretisch Arbeitsplätze, Land und Höfe für interessierte junge Menschen zur Verfügung stehen. Dem stehen allerdings strukturelle Probleme entgegen, die seit Jahrzehnten vernachlässigt wurden: Es ist nur für bestimmte gut ausgebildete Landwirt*innen spannend, im Angestelltenverhältnis größtenteils sehr spezialisierte und industrialisierte Betriebe zu managen. Die, die das nicht wollen, stehen vor riesigen Herausforderungen: Außerfamiliäre Hofübergaben scheitern oft an der Finanzierbarkeit und finanziell-sozialen Differenzen zwischen den Generationen.
- 26 Nebenerwerbslandwirt*innen finanzieren den Erhalt ihrer Landwirtschaft oft aus ihrem Hauptverdienst, und können bestenfalls auch am ehesten den Betrieb wieder auf Vollerwerb umstellen. Sie bereichern die Betriebsstrukturvielfalt und ländliche Räume.
- 27 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (2022)
Gemeinwohlorientierte Verpachtung
- 28 fairpachten.org
- 29 Siehe 16
- 30 Z.B. können sich Agrargenossenschaften im Osten z.T. durch den Erhalt hoher stimmberechtigter Mitgliederzahlen, durch die Vererbbarkeit ihrer Anteile und die Ausschüttung von Renten für Anteilseigner*innen vor Machtkonzentration im Betrieb und gegen den Ausverkauf von Investoren schützen.
- 31 Die Kulturland-Genossenschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, landwirtschaftliches Land aus der Spekulation zu befreien. Hierfür hat sie die Eigentumsform „Verantwortungseigentum“ an landwirtschaftlichem Land erfunden.
- 32 Mit „Carbon Farming“ ist die Speicherung von Treibhausgasen mit Hilfe landwirtschaftlicher Methoden gemeint. Hinter dem Begriff verbergen sich verschiedenste Ansätze, manche von ihnen befördern Landgrabbing, die Zerstörung von Biodiversität und untergraben die Ernährungssouveränität.
Friends of the Earth international (2022)
Double Jeopardy report: how nature based solutions threaten food sovereignty and agroecology
- 33 Landwirtschaft, Forstwirtschaft und andere Landnutzungen waren 2019 für 22% des weltweiten THG-Ausstoßes verantwortlich. Siehe IPCC (2022) Climate Change 2022
- 34 IPCC (2022)
Klimawandel 2022 – Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit
- 35 Nötig sind kleinere Betriebe, die ihre Produktionsweisen an den jeweiligen Standortbedingungen anpassen, d.h. auf eine höhere, regional angepasste und robuste Sortenvielfalt setzen, so dass sie weniger anfällig für Schädlingsbefall und Dürreschäden sind. Siehe auch Science Direct (2023) Kerr, R. et al
Agroecology as a transformative approach to tackle climatic, food, and ecosystemic crises
- 36 Siehe z.B. Weltagrarbericht
- 37 Boston Review (2022)
The Fight for Reparations Cannot Ignore Climate Change
Perspective Daily (2020)
Was das Jahr 1452 mit der Klimakrise zu tun hat

38 [Nature \(2017\) Batáry, P. et al. The former Iron Curtain still drives biodiversity-profit trade-offs in German agriculture](#)

39 [IAASTD-Bericht \(2019\) Agriculture at a Crossroads – Summary for Decision Makers of the North America and Europe \(NAE\) Report](#)

40 Zu Organisationsformen über den bäuerlichen Familienbetrieb hinaus und wie diese als praktische Alternativen zur industriellen Landwirtschaft organisiert werden können, siehe [Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V., Arbeitsergebnisse 12 \(2017\) Hiß, Ch. et al. Von der bäuerlichen zur regionalen Versorgungswirtschaft.](#)

41 [Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft Ernährungshandwerk](#)

42 Zukunftsfähige und gemeinwohlorientierte Landwirtschaft hat nichts mit Abstammung und Familienstand zu tun. Wenngleich es natürlich einzelne gute Beispiele gibt, ist das romantisierte Wertebild vom regional verankerten Bilderbuchhof in Familienhand als Leitbild veraltet, verschleiert Eigentums- und Machtverhältnisse und ist aus verschiedenen Gründen ein undifferenzierter Sammelbegriff sehr diverser Betriebsstrukturen.

43 Es macht z.B. keinen Sinn, politische Aktionen im Frühjahr zur Aussaat oder zur Ernte im Sommer und Herbst zu planen. Und auch jedes Treffen kann durch das Wetter und eine schwere Geburt im Stall ausfallen.

44 Das Spektrum der Verbündeten ist ein Analyseinstrument zur Schärfung der eigenen politischen Strategie. Siehe auch [trainings.350.org](#) [Das Spektrum der Verbündeten](#)

45 z.B. Ackersyndikat; Bodengenossenschaften wie die [Ökonauten eG](#); die [Kulturland eG](#); die [BioBoden Genossenschaft](#); [Ernährungsräte](#); [Regionalwert AGs](#)

46 z.B. [Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft](#); [Aktion Agrar](#); [NABU-Stiftung](#); [Bündnis Junge Landwirtschaft](#); [FINC](#)

47 z.B. [Wem gehört Berlin](#)

48 Hier sind sie zwar pflichtversichert, die Rente, die sie hierüber beziehen, ist aber mit knapp 500 Euro bei 30 Beitragsjahren für Landwirt*innen und knapp 250 Euro für mitarbeitende Familienangehörige äußerst gering und noch einmal deutlich geringer für Frauen. Siehe [Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau \(2023\) Informationen zur Rentenhöhe](#)

49 Mit der Übergabe des Hofes vereinbaren Landwirt*innen in der Regel vertraglich eine Leibrente, die die Landwirt*innen von den Nachfolger*innen bis zum Tod erhält. Dies belastet nicht nur die Nachfolger*innen finanziell, sondern führt vor allem innerhalb von Familien auch zu schwierigen sozialen Abhängigkeitsverhältnissen.

50 Migrantische Saisonarbeitskräfte, häufig aus Osteuropa und Südosteuropa, sind in Deutschland extrem schlecht versichert. Sie erwerben weder in ihrem Land noch in Deutschland Rentenansprüche und nicht alle Krankheiten sind durch Versicherungen abgedeckt, was dazu führen kann, dass die Kosten für Krankenhausaufenthalte selbst getragen werden müssen.

51 Wald oder Autobahn? Maiswüste für Biosprit und Biogas oder Acker für den Nahrungsmittelanbau? Photovoltaik oder Ackerbau oder beides in Kombination?

52 Siehe z.B. die lokale Auseinandersetzung um [Ackerboden inklusive Ackerbesetzung im hessischen Neu-Eichenberg](#)

53 Siehe z.B. auch das [Bündnis Bodenwende](#)

54 Im spanischen Marinaleda besetzt in den 1980er Jahren eine Dorfgemeinschaft die Flächen eines Großgrundbesitzers und bewirtschaftete diese. Später kaufte die Regionalregierung das Land, jetzt wird es gemeinschaftlich bewirtschaftet.

55 Einige hat die Stadt übernommen, aber nun braucht es hartnäckigen zivilgesellschaftlichen Druck, um deren konsequente Anwendung durchzusetzen. Siehe [Unser Land schafft Wandel](#)

56 [flaechenplattform.de](#)

57 In der weltweiten Bäuer*innen und Landlosenbewegung „La Via Campesina“ wurden Parallelen zwischen dem Gefälle zwischen globalem Süden – globalem Norden und Stadt – Land gezogen. Zum einen fließen die Warenströme und Ressourcen vom globalem Süden in den globalem Norden sowie vom ländlichen Raum in die Stadt. Gleichzeitig findet eine Abwertung der vermeintlich „rückständigen Gebiete“ statt und die Interessenvertretung dieser Gebiete ist deutlich benachteiligt und wird gleichzeitig als „exotisch“ oder „idyllisch“ romantisiert.

*Letzter Zugriff auf alle Links:
am 18. April 2023*

Über das Projekt

Dieses Dossier ist im Rahmen unseres Projektes
→ **Bausteine für Klimagerechtigkeit –
Solidarisch. Transformativ. Machbar.**
entstanden.

Mit dem Projekt entwickeln wir **klimapolitisch wirksame Maßnahmen für den sozial-ökologischen Umbau** in den **nächsten 5-10 Jahren**. Die Maßnahmen zielen auf **strukturelle Veränderungen** unseres wachstumbasierten, profitorientierten und globalisierten Wirtschaftssystems. Sie fokussieren auf **gesellschaftliche** statt technische **Innovationen**, für die Maßnahmen gibt es eine hohe **gesellschaftliche Akzeptanz** und damit eine **realistische Umsetzungsperspektive**. Im Sinne einer revolutionären Realpolitik sind dies erste Schritte, auf die weitere folgen müssen, um eine gute Zukunft für Alle zu ermöglichen. Wie diese Zukunft aussehen könnte, haben wir bereits formuliert:

→ **Utopie für das Jahr 2048**

Danksagung

Wir bedanken uns für kollegiale Beratung, Unterstützung und Feedback bei **Anne Kligenmeier** (AbL Schleswig-Holstein, Norbert-Elias-Center für Transformationsforschung), **Björn Pasemann** (Deutscher Naturschutzring), **Felicitas Sommer** (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), **Jan Brunner** (AbL Mitteldeutschland), **Jan Wittenberg**, **Julia Bar-Tal** (AbL Nordost), **Lena Luig** (Heinrich-Böll-Stiftung) und **Leonie Steinherr** (Aktion Agrar).

Impressum

Herausgegeben vom
Konzeptwerk Neue Ökonomie
Klingenstr. 22, 04229 Leipzig

www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org

April 2023

Autorinnen
Gesine Langlotz, Eva Mahnke, Katharina Talanow

Lektorat
Kai Kuhnhehn

Mitarbeit und Unterstützung
Carolina Achilles, Lasse Thiele, Nina Treu, Ruth Krohn

Gestaltung
Diana Neumerkel + Studio Oase

Illustration
Henriette Baur, 123comics.net

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Weitere Informationen: creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0



konzeptwerk
neue Ökonomie

Wir arbeiten kritisch, konstruktiv & konsequent
für ein gutes Leben für Alle.

Euch gefällt, was wir machen?
Dann unterstützt unsere Arbeit:
www.knoe.org/foerdern

Diese Veröffentlichung ist Teil unseres Projekts
Bausteine für Klimagerechtigkeit.

Weitere Dossiers sind auf unsere Website zu
finden!

Unterstützende Organisationen ohne redaktionelle Verantwortung:

